



Nova EUropa 7-Punkte Plan

für die Weiterentwicklung der europäischen Integration

**Resolution des Nova EUropa-Präsidiums
21.9.2021**

- Eine Wirtschaftsregierung für die Eurozone
- Ein Sicherheitskabinettt bestehend aus den Staats- bzw. Regierungschefs sowie den Außen-, Verteidigungs- und Innenministern Frankreichs, Deutschlands und Italiens
- Die Schengen-Außengrenze effizient sichern – Einreise von Personen verhindern, die Europas Werte und Lebensmodell ablehnen
- Die Mittelmeerunion reaktivieren und ein Euro-Marshallplan für Afrika und den Mittleren Osten
- Ein Investitions- und Wachstumsprogramm für die Eurozone insb. für Südeuropa
- Die Dekarbonisierung der Wirtschaft einleiten – rasche Umsetzung eines Konzepts der Energiewende
- Das „Geschäftsmodell“ der Steueroasen zerstören und die Europas Staaten – durch aggressive Steuerplanung von Großkonzernen – entgehenden Mittel mobilisieren

Herausforderungen für Europa und die Welt

Europa und die Welt stehen heute vor gewaltigen Herausforderungen, die konsistente aufeinander abgestimmte politische Konzepte erfordern, die zu nachhaltigen Lösungen oder zumindest Verbesserungen führen. Ausgangspunkt unserer Überlegungen – schon bei der Gründung Ende 2003 – waren die großen Herausforderungen, deren Bewältigung für Europa und die Welt entscheidend, ja vielfach überlebenswichtig sind:

- Den durch den Menschen verursachten **Klimawandel** hatten wir als größte Herausforderung definiert. 18 Jahre später hat sich die Situation dramatisch verschärft, weil seither die Treibhausgasemissionen nicht weniger, sondern mehr geworden sind. UN-Generalsekretär Antonio Guterres spricht angesichts der Veröffentlichung des UN-Klimaberichts davon, dass „sich die Welt auf einem katastrophalen Weg in Richtung einer Erwärmung von 2,7 Grad befindet“.
- Als zweite große Herausforderung sahen wir – dies **vor** der globalen Finanzkrise 2008/09 – die **wiederkehrenden wirtschaftlichen Krisen**, global und in Europa – verursacht durch makroökonomische Ungleichgewichte, die ihre Ursache im von US-Ökonomen vorgedachten und von der US-Wirtschaftspolitik durchgesetzten wirtschaftsliberal geprägten Weltwirtschaftssystem – mit ihren unzureichend oder kaum regulierten Finanzmärkten – hatten und haben. 2008/09 konnte der Zusammenbruch des Weltfinanzsystems und der Weltwirtschaft nur durch ein koordiniertes Zusammenwirken der großen Zentralbanken und der wichtigsten Staaten verhindert werden – das neoliberale Credo, dass die Märkte am besten funktionieren, wenn sie komplett dereguliert sind, ist schmerzlich widerlegt worden.
- Als dritte Herausforderung, dies vor allem für Europa, sahen wir die sich verschärfende **kulturelle Konflikte zwischen verschiedenen Gesellschafts- und Lebensmodellen** – dem europäischen, auf Aufklärung und Menschenrechten wie insb. der Gleichstellung der Geschlechter basierenden Lebensmodell und durch Migration importierte patriarchale Lebens- und Gesellschaftsmodelle vor allem aus der islamischen Welt, wie sie sich in Westeuropa zunehmend in wachsenden Parallel- und Gegengesellschaften etablieren.

Speziell für Europa sehen wir weitere Herausforderungen:

- Die **äußere Sicherheit Europas** basiert seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf dem Nordatlantikpakt und damit dem Bündnis mit der Supermacht USA. Schon vor der Präsidentschaft Donald Trumps hat sich die USA von Europa abgewandt und sich zunehmend auf den pazifischen Raum und den Konflikt mit der aufstrebenden Großmacht China konzentriert. Donald Trump hat das Bündnis mehrfach in Frage gestellt und es als „obsolet“ bezeichnet. Joe Biden hatte angekündigt, die Verbündeten wieder auf Augenhöhe einzubeziehen und bei wichtigen Entscheidungen zu konsultieren. Tatsächlich verfolgt aber auch Präsident Biden eine „America First“-Politik. Das zeigte sich beim chaotischen Abzug aus Afghanistan genauso wie beim ohne Vorinformation getätigten Atom-U-Boot-Deals mit Australien zu Lasten Frankreichs. Die Gründung von AUKUS, einer exklusiven Sicherheitspartnerschaft der USA und des Vereinigten Königreichs mit Australien veranschaulicht zudem die Umorientierung der USA auf den Indo-Pazifischen Raum. Ob sich Europa bei seiner Verteidigung auf die USA verlassen kann, ist zunehmend fraglich und auch der Trumpismus ist in den USA nicht verschwunden – die nächsten oder übernächsten Wahlen könnten durchaus einen Präsidenten wie Trump wieder an die Macht bringen. Mit der Türkei ist zudem ein Land Mitglied im NATO-Bündnis, welches sich zum Unrechtsstaat entwickelt hat indem es politische Gegner und Journalisten inhaftiert und dessen Politik und militärische Aktionen gegen NATO- und EU-Staaten und deren nationale Interessen gerichtet ist. In Syrien und Libyen werden extremistische Islamisten unterstützt, die Krieg gegen Verbündete des Westens, kurdische Milizen, die gegen den IS gekämpft haben, führen. Islamistische terroristische

Gruppen wie die Hamas werden in ihrem Kampf gegen Israel unterstützt, wie überhaupt eine antiisraelische und antisemitische Politik betrieben wird. Schließlich steuert und unterstützt die Türkei nationalistisch-islamistische türkische Organisationen in Westeuropa.

Mit Recht hat der französische Staatspräsident daher die NATO als „hirntot“ bezeichnet – eine drastische Aussage, die aber den Kern der Sache trifft. Europa braucht seine eigene Verteidigung – es muss Weltmacht werden, wenn es nicht in Bedeutungslosigkeit versinken will.

- Im Bereich der **inneren Sicherheit** ist Europa durch den Terrorismus herausgefordert. Historisch war es der Linksextremismus in den 1970er Jahren, heute ist es der islamistische und der rechts-extreme Terrorismus. Beide Formen des Terrorismus richten sich gegen politische Exponenten aber auch aktive Bürger, die sich dem Extremismus entgegenstellen. Der islamistische Terrorismus zielt immer öfter auf unsere Art zu leben, er trifft einfache Bürger auf Straßen und Plätzen, in Restaurants, in Theatern, Konzerten, Sportstätten, Kirchen und Synagogen. Gerade jüdisches Leben in Europa ist durch den zunehmenden Antisemitismus, dem heimischen rechtsradikalen, dem als Antizionismus verbrämten linksradikalen und vor allem durch den importierten islamischen und arabischen Antisemitismus gefährdet.
- Im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen europäischen und islamistischen Lebensmodellen ist der Versuch von Exponenten des **Politischen Islams** zu sehen, das Gesellschafts- und Lebensmodell Europas zu verändern und sukzessive die Akzeptanz und schließlich die Dominanz islamischer Moral- und Rechtsvorstellungen durchzusetzen. Dieser **legalistische Islamismus** stellt mittel- und langfristig eine größere Bedrohung als der Terrorismus dar, weil er nachhaltig die Gesellschaft zu verändern sucht. Organisationen wie die Muslimbrüder unterwandert politische Parteien, beeinflussen Medien, setzen ihre Vorstellungen dort durch, wo sie bereits die Mehrheit oder eine laute Minderheit sind, wie in Brennpunktbezirken und –schulen, und sie erhalten staatliche und private Unterstützung gerade auch finanzieller Natur aus dem Ausland, aus der Türkei, dem Iran und arabischen Staaten.
- **Nationalismus und Rechtsradikalismus** waren in Europa immer vorhanden, waren aber in Folge der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und des Jahrhundertverbrechens der Shoa im Westeuropa der Nachkriegszeit unbedeutend. Dass der Rechtsradikalismus heute, gerade auch in Deutschland, wieder an Boden gewinnt, hängt auch mit der islamistischen Zuwanderung zusammen, vor allem dann, wenn die demokratischen Parteien deren Folgen ignorieren. „Identitäre“ Bewegungen als „intellektuelle“ Speerspitze der Rechten fordern heute wieder ethnisch-kulturelle Homogenität und die Erhaltung der „Reinheit der Völker“. Rechtsextremismus in Westeuropa und der Nationalismus in Ostmitteleuropa, welcher andere Ursachen hat, sind wieder zur ernsthaften Bedrohung geworden.
- Eine immer größere Bedrohung stellt der **identitäre Linksradikalismus** und dessen Allianz mit reaktionären Islamisten dar, der in Frankreich als „Islamogauchismus“ bezeichnet wird und innerhalb der Linken und vor allem an Universitäten stark an Einfluss gewinnt. **Linke Identitätspolitik** ist ein aus den USA importiertes intellektuelles Konzept, wo kommunitaristische Ideen dominieren. Die Identitätspolitik übernimmt die Kategorien der Diskriminierung wie Hautfarbe, Herkunft, Religion, Geschlecht, sexuelle Orientierung und betrachtet diese andererseits als soziale Konstrukte. Sie betont die negative Rolle von Menschen weißer Hautfarbe, wobei auch diese als soziales Konstrukt gilt. „Weiß“ bezeichnet entsprechend der identitätspolitischen „Critical Race Theory“ nicht mehr die Hautfarbe, sondern die privilegierte Position, womit auch Schwarze als „strukturell weiß“ gelten können, wenn sie z.B. als Christen die „Religion der Unterdrückten“ angenommen haben. Andererseits gelten alle „Unterdrückten“ als „People of Color“, auch weiße Islamisten. Man geht davon aus, dass alle Muslime verteidigt werden müssen, weil sie unterdrückt sind, auch wenn sie selbst Rassisten, Sexisten, Antisemiten, Gewalttätige oder alles zusammen sind. „Rasse“ und Religion werden vermischt, Religionskritik – eine Errungenschaft der Aufklärung – so sie den Islam betrifft als „Islamophobie“ und „antimuslimischer Rassismus“ diskreditiert. Auch das Geschlecht wird nicht als biologisch determiniert, sondern als sozial konstruiert gesehen und die Sprache durch Binnen-ls und Gendersterne verunstaltet, unlesbar und unsprechbar gemacht.

Überlieferte Traditionen gelten naturwissenschaftlichen Erkenntnissen als ebenbürtig, jeder Schöpfungsmythos soll genauso als Wissen betrachtet werden, wie die Evolutionstheorie. Universalistische Menschenrechte werden als kulturimperialistisch und eurozentristisch abgelehnt – womit dann beispielsweise nicht die Sklaverei ein Verbrechen wäre, sondern die weltweite Abschaffung der Sklaverei durch die Westeuropäer.

Teil dieser Ideologie ist auch die um sich greifende „Cancel Culture“. An den Universitäten ist längst die Freiheit von Forschung und Lehre – vor allem im Bereich der Geisteswissenschaften – gefährdet. Radikalisierte Studenten sprengen systematisch ihnen nicht genehme Lehrveranstaltungen und mobben Lehrende, wobei sich an der Hetze oft auch akademisches Lehrpersonal beteiligt. Betroffen davon sind nicht nur konservative Professoren und Dozenten, sondern immer häufiger auch linke Feministinnen, denen Transphobie vorgeworfen wird. Fakten die nicht ins ideologische Konzept linker Identitätspolitik passen, werden verschwiegen oder tabuisiert. So wird in der Debatte um Kolonialismus und Rassismus verschwiegen, dass es Afrikaner waren, die Afrikaner verkauft haben und abgestritten, dass die westliche Kolonialisierung die Sklaverei beendet hat. Und nach demselben Prinzip werden islamische Extremisten verteidigt, während andererseits historische europäische Persönlichkeiten nach heutigen moralischen Kriterien beurteilt werden und die Beseitigung ihrer Denkmäler gefordert wird. Ein rückwirkender Universalismus aber ist widersinnig, er ignoriert, dass sich unsere politischen und moralischen Ideen in einem historischen Prozess herausgebildet haben, dem wir es verdanken, dass wir menschenrechtliche universale Maßstäbe besitzen.

Linke wie rechte Identitätspolitik steht grundsätzlich im Widerspruch zur Aufklärung und deren Anspruch, dass alle Menschen Teil einer einzigen Menschheit sind, bestehend aus gleichwertigen und gleichberechtigten Individuen.

- Aktuell erlebt Europa eine **Radikalisierung der Maßnahmen- und Impfgegner** im Zusammenhang mit der Bekämpfung der COVID-19 Pandemie. Unter den Kundgebungsteilnehmern sind Personen, die ideologisch an den rechten und linken Rändern stehen, genauso wie besorgte Bürgerinnen und Bürger. Eines haben jedoch alle gemeinsam – nämlich eine ausgeprägte Wissenschaftsskepsis und eine ablehnende Haltung gegenüber modernen technologischen Möglichkeiten wie der Gentechnik. Spätestens jetzt rächt sich die die Jahrzehnte durch linksgrüne Kreise befeuerte Technologiefeindlichkeit, die sich nun mit rechten und antisemitischen Verschwörungstheorien verbindet.

Es braucht ein starkes und handlungsfähiges Europa

Wir brauchen ein starkes und funktionsfähiges Europa, weil wir nur so die gewaltigen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen können, die globalen und die europäischen.

Die heutige Europäische Union aber ist von ihrer Konzeption her nicht geschaffen, geeint nach außen aufzutreten und die Interessen Europas durchzusetzen. Auch wirtschaftspolitisch ist sie nur begrenzt handlungsfähig und die Eurozone leidet am Konstruktionsfehler, dass ein gemeinsamer Währungsraum auf Dauer ohne eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, also mit einem Haushalt und einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung, nicht bestehen kann.

Die EU ist nicht in der Lage, das zu leisten, was die Bürger erwarten. Bereits in der Euro-Schuldenkrise 2011/12 wie auch in der Flüchtlingskrise 2015 und im Dauerkonflikt mit der Türkei offenbarte bzw. offenbart sich deutlich, dass es naiv war und ist, zu glauben, die EU könne als ein Konstrukt „sui generis“, ohne effektiven staatlichen Überbau, die Herausforderungen Europas meistern. Ebenso illusorisch und letztlich fatal ist aber der Ruf nach einer Rückkehr zur Kleinstaaterei. Ein zersplittertes Europa stünde den globalen Entwicklungen schutz- und wehrlos gegenüber – es wäre ein Spielball außereuropäischer Entwicklungen, der globalen Großmächte und der Finanzmärkte.

Das Nova EUropa-Präsidium hat daher bereits 2016 folgende konkrete Schritte gefordert und erneuert und ergänzt diese nun:

Eine Wirtschaftsregierung für die Eurozone – als erster Schritt

- Um Europa handlungsfähig zu machen, soll die Eurozone wirtschaftspolitisch durch eine Wirtschaftsregierung gesteuert werden. Zielvorgabe müssen Wachstum, Vollbeschäftigung in der Eurozone und die Stabilisierung des europäischen Umfeldes jenseits des Mittelmeeres sein. Nur eine Wirtschaftsregierung eines großen Wirtschaftsraumes kann sich dem negativ wirkenden Standortwettbewerb um möglichst geringe Besteuerung und niedrige Löhne soweit entziehen, dass sie wirtschaftspolitisch handlungsfähig bleibt (Primat der Politik über die Wirtschaft).
- Der Wirtschaftsregierung sollen der Staatspräsident Frankreichs, die Regierungschefs Deutschlands und Italiens, ein von den Eurostaaten aus deren Mitte gewählter Regierungschef eines kleineren Landes sowie ein Finanzminister, ein Wirtschaftsminister, ein Sozialminister und ein Umweltminister angehören. Den Vorsitz in der Wirtschaftsregierung könnte man der stärksten Wirtschaftsmacht, Deutschland, übertragen (Vorschlag: Frankreich als Vorsitzland im Sicherheitskabinett – siehe unten). Als Legislative und parlamentarische Kontrolle der Regierung könnte ein Eurozonenparlament fungieren, das aus den EU-Parlamentariern der Eurozone als erster Kammer sowie einer aus Regierungsmitgliedern der Eurostaaten gebildeten zweiten Kammer, nach dem Muster des deutschen Bundesrates, besteht.

Europa muss Weltmacht werden – erster Schritt Sicherheitskabinett, zweiter Schritt (Kern)Europäische Republik

- Europa muss seine außenpolitischen Interessen klar definieren, um als zuverlässiger und berechenbarer Player im globalen Umfeld wahrgenommen zu werden. Und es muss bereit und in der Lage sein, seine Interessen in seinem Umfeld auch wirksam durchzusetzen. Die Bürgerkriege im Mittleren Osten und in Nordafrika müssen beendet und die islamistischen Terrororganisationen militärisch zerschlagen werden.
- Letztendlich kann nur ein europäischer Staat, dabei reicht ein Kernstaat der Gründungsmitglieder, wobei auch Österreich Teil eines solchen Kernstaates sein sollte, außen- und militärpolitisch effizient und auf Augenhöhe mit den USA, China und Russland agieren. Nova Europa tritt für die Gründung eines solchen Staates, einer Europäischen Republik, die Mitglied der EU sein soll, ein – als letzte Stufe des europäischen Integrationsprozesses. Die Zeit dafür ist aber noch nicht reif, doch bereits in ein paar Jahren kann sich dies geändert haben.
- Bis auf weiteres kann Europa außenpolitisch und militärisch nur auf Basis einer engen Kooperation der großen Staaten sinnvoll aktiv werden. Im Rahmen der Kooperation der Eurostaaten mit einer Wirtschaftsregierung würde sich ein Sicherheitskabinett bestehend aus den Staats- bzw. Regierungschefs und den Außen-, Verteidigungs- und Innenministern Frankreichs, Deutschlands und Italiens anbieten – unter dem Vorsitz der UN-Veto- und Nuklearmacht Frankreich (Deutschland hätte den Vorsitz in der Wirtschaftsregierung – siehe oben). Die restlichen Staaten der Eurozone könnten sich an militärischen Operationen beteiligen, ohne jedoch eine Mitsprachemöglichkeit zu haben – denn eine solche würde Europas außenpolitische Handlungsfähigkeit unverantwortbar verlangsamen oder sogar hemmen.
- Europa muss Weltmacht werden, daher ist eine massive Aufrüstung notwendig um auf Augenhöhe mit den USA, China und Russland agieren zu können. Eine zukünftige Europäische Republik braucht mit den USA vergleichbare starke, effiziente und interventionsfähige Streitkräfte einschließlich nuklearer Fähigkeiten. Schon in der von uns vorgeschlagenen vorangehenden Phase der Zusammenarbeit in einem Sicherheitskabinett muss die Kooperation der europäischen Streitkräfte, vor allem der Armeen Frankreichs, Deutschlands und Italiens und auch die Rüstungskoopeation verstärkt werden. Bis zur Bildung einer Europäischen Republik sollen die nuklearen Fähigkeiten alleine unter der Kontrolle Frankreichs verbleiben.
Die NATO muss durch ein neues transatlantisches Bündnis ersetzt werden, in welchem nur mehr Staaten Mitglied sein können, die sich zur westlichen Wertegemeinschaft bekennen. In einem solchen Bündnis muss die Europäische Republik gleichberechtigt mit den USA sein.

Schutz der europäischen Außengrenzen

- Eine für die Bürger besonders wichtige Frage ist die anhaltende Zuwanderung von Personen mit islamistisch-patriarchalischen Einstellungen, also von Menschen, die der Auffassung sind, dass Mann und Frau nicht gleichberechtigt sind und Frauen sich zu verhüllen hätten. Eine vordringliche Aufgabe ist es daher, die Schengen-Außengrenzen effizient zu sichern und durch ein europäisches Asyl- und Einwanderungswesen die Migrationsströme zu steuern und zu drosseln. Entscheidender als die Abwehr von Wirtschaftsflüchtlingen ist es dabei, die Einreise von Menschen zu verhindern, die Europas Werte und Lebensmodell ablehnen. Ein geordnetes Asyl- und Einwanderungswesen bedeutet, dass Asylanträge grundsätzlich nur im ersten sicheren Staat an der jeweiligen EU-Botschaft gestellt werden können. In Krisenregionen, wo viele Flüchtlinge erwartet werden, soll die EU „Hot Spots“ einrichten, die die EU-Vertretungen entlasten. Die Möglichkeit der Asylantragstellung außerhalb Europas bedeutet, dass Flüchtlinge nicht mehr illegal nach Europa einreisen müssen, um einen Asylantrag stellen zu können.
- Jede Einreise an den Außengrenzen, gerade an den Seegrenzen, ist illegal und muss daher verhindert werden, d.h. die Marine wird die Boote zurückdrängen und notfalls auch in die Gewässer außereuropäischer Staaten eindringen müssen. Illegale Einwanderer, die an den Grenzen bzw. in Europa aufgegriffen werden, sollen grundsätzlich keinen Asylantrag stellen können – es sei denn, die Verfolgung findet in einem Staat statt, der unmittelbar an die Schengenzone grenzt. Daneben soll ein faires und transparentes Einwanderungswesen, die Möglichkeit zur Einwanderung nach Europa schaffen. Dabei kann man sich durchaus am Einwanderungsregime Kanadas oder Australiens orientieren – zentrale Voraussetzung muss aber das Bekenntnis zum europäischen Wertekanon und Lebensmodell sein.

Schutz der europäischen Werte, Beharren auf der Universalität der Menschenrechte, Zurückdrängung des Politischen Islams

- Der Politische Islam muss eingedämmt und zurückgedrängt werden, Europas Werte wie die Gleichstellung der Geschlechter sind nicht verhandelbar. Dazu bedarf es eines Bündels an Maßnahmen wie sie in Frankreich bereits eingeleitet wurden oder schon seit längerem bestehen. Eine Europäische Republik muss sich am Modell der französischen Laizität orientieren und Formen der Geschlechterapartheid wie die Verschleierung aus staatlichen Einrichtungen insb. aus Schulen und Universitäten verbannen. Extremistische Organisationen müssen aufgelöst und verboten werden. Letztlich muss der Integrationsdruck erhöht werden. Wenn die richtigen Maßnahmen ergriffen werden, wie sie z.B. Dänemark gerade implementiert, werden jene, die unsere Werte ablehnen, wieder auswandern.
- An den Universitäten muss die Freiheit von Forschung und Lehre durchgesetzt und verhindert werden, dass Meinungsfreiheit und offener akademischer Diskurs auf der Strecke bleiben.

Euro-Marshallplan und Mittelmeerunion

- Auch gesicherte Außengrenzen werden dem Druck der massiven Migrationsbewegung – der sich durch Klimawandel und Bevölkerungsexplosion nochmals zu verstärken droht – auf Dauer nicht standhalten können. Um den Massenzustrom zu stoppen, also im Eigeninteresse, und vor allem auch aus humanitären Gründen bedarf es eines Marshallplanes von einer noch nie dagewesenen Dimension. Zielländer des Euro-Marshallplanes müssen alle säkular orientierten Staaten Afrikas und des Mittleren Ostens sein. Generelles Ziel muss die Schaffung von Lebensperspektiven sein, erreichbar durch ökologisch verträgliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Ausbildung sowie in Landwirtschaft und Industrie. Der Euro-Marshallplan muss mit der notwendigen Energiewende gekoppelt werden – gerade Nordafrika eignet sich für den massiven Ausbau der Sonnenkraft („Saharaprojekt“).
- Institutionell schlagen wir vor, zu diesem Zweck die Mittelmeerunion zu reaktivieren und diese um alle säkular orientierten Staaten Afrikas und des Mittleren Ostens, die gewisse Mindeststandards bezüglich Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung etc. erfüllen müssen, zu

erweitern. Die klare politische Botschaft muss lauten: Am Euro-Marshallplan darf nur teilnehmen, wer weder islamistisch orientiert ist, noch islamistische Terrororganisationen unterstützt. Eine Allianz aller säkularen politischen Kräfte gegen die Feinde der freien Welt ist im eminenten Interesse Europas.

- Mit dem Euro-Marshallplan soll auch der Aufbau eines funktionierenden, staatlichen, säkularen Schulwesens gefördert werden. Das bedeutet die Durchsetzung der Schulpflicht für Knaben und Mädchen sowie die Vermittlung der Werte der Aufklärung und der Moderne, vor allem die Vermittlung der Idee der Frauengleichberechtigung. Im arabischen Raum kann man auf Entwicklungen in den 60er Jahren aufbauen.

Ein Investitions- und Wachstumsprogramm für Europa – Re-Industrialisierung und Verringerung von Abhängigkeiten

- In Europa bedarf es, neben den notwendigen Sanierungsmaßnahmen der Staatshaushalte vor allem südeuropäischer Staaten, eines substanziellen Investitions- und Wachstumsprogramms für Südeuropa aber auch für alle anderen Länder – also Investitionen in Infrastruktur (Straßen- und Schieneninfrastruktur, Breitbandausbau und Starkstromtrassen) und Stadtsanierung, Bildung und Ausbildung sowie Kinderbetreuung und speziell in Südeuropa in Industrieansiedelung. Mit NextGenerationEU hat Europa als Antwort auf das durch COVID-19 ausgelöste Schrumpfen der Wirtschaft das größte Konjunkturpaket gestartet, das je aus dem EU-Haushalt finanziert wurde, und das Europa grüner, digitaler und krisenfester machen soll. Dass die Mittel dafür über eine Emission von Anleihen der Europäischen Union aufgenommen werden, ist genauso ein Meilenstein des europäischen Einigungsprozesses wie die Schaffung eigener Einnahmenquellen der EU über ein EU-Emissionshandelssystem, eine Finanztransaktionssteuer oder eine gemeinsame Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage.

Die wachsende Wirtschaft wird, zusammen mit einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik, zu Vollbeschäftigung, Wohlstand für Alle und weiter steigenden Steuereinnahmen führen.

- Die COVID-Pandemie hat uns auch drastisch vor Augen geführt, wie gefährlich die Abhängigkeit von Importen aus anderen Weltteilen bei systemisch und strategisch wichtigen Produkten, wie Arzneimittel oder auch medizinischen Masken, sein kann. Der Ausfall von Häfen und die Unterbrechung von Schifffahrtsrouten (Suezkanal) verbunden mit dem Postulat der Gewinnoptimierung durch geringe Kapitalbindung, also Lagerhaltung, führt zu Engpässen, die ganze Produktionszweige hemmen oder lahmlegen können. Vor allem die Abhängigkeit von systemischen Rivalen wie China ist gefährlich. Europa muss sich re-industrialisieren und Produktion zurückholen. Und gerade auch eine Autarkie bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln macht uns krisenresistent.
- Strategisch wichtige Unternehmen und Infrastruktur wie Häfen müssen im europäischen Eigentum verbleiben und dürfen nicht von strategischen Rivalen, Gegnern oder Feinden kontrolliert werden. Daher ist es notwendig, dass Europas Staaten bzw. eine zukünftige Europäische Republik die Möglichkeit haben, den Verkauf von Unternehmensanteilen oder Infrastruktur zu untersagen wie auch schon verkaufte Anteile zwangsweise zurückzukaufen.

Dekarbonisierung und Energiewende

- Um den Klimawandel zu stoppen, muss die Dekarbonisierung der Wirtschaft forciert und vorangetrieben werden. Europa kann und muss hier Vorbild sein – denn Europa wird vom Klimawandel mehrfach betroffen sein: durch gewaltige Umweltschäden in Europa, durch ebensolche wirtschaftliche Schäden und durch massiven Migrationsdruck aus dem Süden, vor allem aus dem islamischen Raum, die Europas Gesellschaft in noch kaum vorstellbarem Ausmaß destabilisieren würde.
- Um die Dekarbonisierung umsetzen zu können, bedarf es der schnellen Umsetzung eines Konzepts der Energiewende. In der Eurozone ist daher die Einführung von Ökosteuern vordringlich – wobei dies dann durch das Gewicht der Eurozone in der ganzen EU durchzusetzen wäre. Umweltsteuern verteuern Energieverbrauch und Umweltverschmutzung und führen so zu erwünschtem Verhalten

und Handeln. Indem sie Investitionen anstoßen und notwendig machen, tragen sie zum Erreichen von ökologisch verträglichem Wachstum und zum Erreichen des Vollbeschäftigungsziels bei. Die Dekarbonisierung muss aber auch durch staatliche Investitionen und Investitionsförderung unterstützt werden – Ökosteuern alleine reichen nicht. Entscheidend ist der Aufbau einer ökologisch nachhaltigen Stromerzeugung und der notwendigen Infrastruktur, von Starkstromtrassen bis zu Schnellladestationen für Elektrofahrzeuge. Einzuräumen ist leider, dass – zumindest als Brückentechnologie – in Europa auf Atomkraftwerke nicht verzichtet werden kann. Jedenfalls aber muss die Forschung an innovativen Reaktortechnologien, die keine Gefahr für Mensch und Umwelt darstellen und wo keine Endlagerung von strahlendem Abfall notwendig ist – wie die Fusionstechnologie – vorangetrieben werden.

Finanzierung – Verschuldung und Steuern

- Für eine offensive Wirtschaftspolitik und die notwendige Finanzierung des Euro-Marshallplanes für Afrika und den Mittleren Osten bedarf es großer finanzieller Mittel. Diese können in Zeiten niedriger Zinsen und erst recht bei Negativzinsen auch durch Verschuldung aufgebracht werden. Durch Wachstum wird man aus der Verschuldung herauswachsen.
- Zur Rückführung von Verschuldung und auch für die Finanzierung laufende Ausgaben müssen aber auch die großen Vermögen aus Steueroasen rückverlagert und einer angemessenen Besteuerung unterzogen werden. Zudem müssen die Steuern, die Großkonzerne durch derzeit legale Steuer-
vermeidung mithilfe von Steueroasen ev. aber auch durch Steuerhinterziehung jenen Staaten entziehen, in denen Produktion und Wertschöpfung tatsächlich erfolgen, auch diesen Staaten zufließen. Nach Schätzungen des wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments entgehen den europäischen Steuerbehörden durch die „aggressive Steuerplanung“ der Konzerne jedes Jahr zwischen 50 und 70 Milliarden Euro.

Das Steuerrecht muss daher so verändert werden, dass die Gewinnbesteuerung dort erfolgt, wo die Wertschöpfung erzielt wird und nicht am formalen Unternehmenssitz. Zudem muss die Eurozone die Steueroasen zur Kooperation zwingen und damit deren fragwürdiges „Geschäftsmodell“ zerstören. Wenn dazu der Wille und die Machtposition vorhanden sind, geht das relativ einfach, wie die Erfolge und die Durchsetzungsfähigkeit der USA, z.B. in den Verhandlungen mit der Schweiz, gezeigt haben.